Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,25 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 205 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 3. September 1931

Endkampf um die Zollunion.

Außenministerbesprechungen in Genf.

Die letzten Tage bis zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Europakommission und der auf Sonnabend festgesetzten Ratsdebatte über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan sind fast ausschließlich Besprechungen zwischen den Außenministern gewidmet. Dr. Curtius setzt die Unterredungen mit Vizekanzler Schober fort. Weiter fand eine Zusammenkunft zwischen Curtius und dem französischen Delegierten François Poncet statt.

Die bisher direkt zwischen Dr. Curtius und Schober geführten Verhandlungen sind also auch auf den Vertreter Frankreichs ausgedehnt worden.

Der österreichische Außenminister hatte ebenfalls mehrfach längere Unterredungen mit Poncet. Ferner stattete er dem italienischen Außenminister Grandi einen längeren Besuch ab, bei dem in erster Linie die Erklärung zur Erörterung stand, die Dr. Schober in der Sitzung des Europa-Ausschusses und im Rat zur Zollunionsfrage abgeben wird. Es soll eine bisher

streng geheim gehaltene Formel

ausgearbeitet worden sein, zu der jetzt die Zustimmung der unmittelbar interessierten Regierungen eingeholt wird. Diese Formulierung ist in den Unterredungen zwischen Schober und Grandi sowie Curtius und François Poncet bereits eingehend zur Sprache gekommen.

Die großen Schwierigkeiten bestehen nach wie vor in der französischen Forderung auf den ausdrücklichen Verzicht Österreichs auf jede Zollunion mit Deutschland, während diese Forderung für Deutschland und Österreich nicht annehmbar erscheint.

Es wird nunmehr versucht werden, eine Einigung zwischen der deutschen, französischen, englischen, italienischen und österreichischen Abordnung über diese Formulierung zustande zu bringen.

Auf italienischer Seite

wird der Standpunkt vertreten, daß eine Unterstützung Deutschlands und Österreichs in den gegenwärtigen für die beiden Länder äußerst schwierigen Verhandlungen für die weitere Regelung des Zollunionsplans sich aus den in Rom geführten Verhandlungen der Minister ergibt, jedoch legt man auf italienischer Seite Wert darauf, daß in der Erklärung des österreichischen Außenministers die vorläufige Zurückstellung des Planes und Eingliederung in die allgemeinen von dem Europa-Ausschuß in Angriff genommenen

europäischen Zollunionspläne

deutlich zum Ausdruck kommt. Auf italienischer Seite scheint man durchaus die Absicht zu haben, in den kommenden Verhandlungen die Haltung der deutschen und der österreichischen Regierung gegenüber den von französischer Seite mit großem Nachdruck aufrechterhaltenen Forderungen auf einen formellen und endgültigen Verzicht für die Zukunft zu unterstützen und zu einer der Würde Deutschlands und Österreichs Rechnung tragenden Lösung zu gelangen.

*

Begräbnis erster Klasse.

Frankreichs Absicht, sich im Donaubecken durch die Kleine Entente ein Gegengewicht gegen Deutschland zu schaffen, erschien durch den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion gefährdet, denn es zeigte sich während des Zollunionsfeldzuges, daß zwei Mitglieder der ihm sonst ergebenen Kleinen Entente in der Frage der Zollunion und des Anschlusses Frankreich im Stich gelassen haben. So mußte der Kampf gegen die Zollunion von Frankreich mit allen Kräften aufgenommen werden und, wie die Verhandlungen in Genf jetzt zeigen, ist es Frankreich auch gelungen, dem deutsch-österreichischen Zollabkommen ein Begräbnis zu verschaffen, wenn auch vielleicht eins „erster Klasse". Aber der schöne Aufputz, den man jetzt der „Leiche" zu geben versuchen wird, darf doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um eine solche handelt. Curtius sowohl wie Schober werden wahrscheinlich erklären, daß sie auf ein besonderes Projekt verzichten werden, dessen rechtliche Zulässigkeit der Haager Gerichtshof im übrigen, was Deutschland betrifft, anerkannt habe, und daß sie ihre Bemühungen auf das von den Umständen gebotene umfangreiche Europaprojekt richten werden. Das Zollunionsprojekt sei im Sinne der deutschen Regierung nie etwas anderes gewesen, als der Ansatz für ein breites wirtschaftliches Abkommen zwischen möglichst vielen europäischen Mächten. Damit hätte dann Frankreich erreicht, daß das ganze Projekt aus dem Fahrwasser praktischer Durchführungsmöglichkeiten genommen und in den stagnierenden Teich der Völkerbund-Haupt-, Unter- und Mittelausschüsse gesetzt wird. Es war ja schließlich kein Heldenstück Frankreichs, das immer am Rande der Finanzkatastrophe hintaumelnde Österreich sich gefügig zu machen und durch Drohungen und Versprechungen, durch Zuckerbrot und Peitsche zu einem wenn auch nicht formellen Rücktritt, so doch zu einer Richtungsänderung zu bringen. Trotz aller immer wiederholten Versicherungen, daß zwischen Deutschland und Österreich auch jetzt noch volle Einmütigkeit herrscht, muß man doch feststellen, daß die „goldenen Kugeln" wieder einmal stärker gewesen sind als „Nibelungentreue". Aber auch von deutscher Seite scheint das Kompromiß in der Zollunionsfrage ein Entgegenkommen für Frankreich zu bedeuten, und zwar anscheinend in der Richtung auf die deutsch-französische Annäherung, wie sie jetzt, wenigstens auf wirtschaftlichen Sondergebieten, betrieben wird.

Wie dem auch sei, man sollte weder der deutschen noch der österreichischen Politik einen Vorwurf aus dem „Zurückziehen" machen, denn in der Zeit seit dem Besuch des deutschen Außenministers in Wien, bei dem der Grundstein zur Zollunion gelegt wurde, bis jetzt, hat sich wirtschaftlich und politisch die Weltlage derartig geändert, daß ein starres Festhalten an der eingeschlagenen Richtung den Politikern wahrscheinlich zwar das Lob der Charakterstärke, aber nicht das der Klugheit eingebracht hätte. Ein augenblickliches Nachgeben Deutschlands und Österreichs bedeutet ja nicht ein völliges Lossagen von den gemeinsamen Plänen, sondern es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn die verschwommenen, nebelhaften Projekte einer europäischen Zollunion, wie sie jetzt den Völkerbundgremien vorschweben, einmal festere Gestalt annehmen werden, daß man dann zu seiner Verwunderung wieder, als zunächst erreichbaren Kristallisationspunkt eine deutsch-österreichische Zolleinigung aus der Retorte des Genfer Laboratoriums wird emporsteigen sehen. Ehe es dazu kommt, wird allerdings noch einige Zeit vergehen, denn was der Völkerbund erst einmal in den Fingern hat, das läßt er nicht so schnell reifen und feste Gestalt gewinnen. Die Verweisung wichtiger Fragen an die Ausschüsse, wie sie jetzt wahrscheinlich der Zollunion zuteil werden wird, ist zu einer Methode nicht nur der Vertagung, sondern der Beerdigung geworden. Die Behandlung des Abrüstungsproblems durch die Einsetzung immer wieder neuer Einzelausschüsse ist ja hinlänglich bekannt, und die Berichte der zahllosen Einzelausschüsse des Europaausschusses sind zwar reich an interessanten Gedanken, aber arm an praktischen Vorschlägen.

Diese Unfruchtbarkeit der Völkerbundpolitik, auf die von deutscher Seite von jeher hingewiesen wurde, erfährt jetzt auch von anderer Seite eine scharfe Kritik. So schreibt ein bekannter schweizer Außenpolitiker, das Unglück sei, daß heute die verantwortlichen Staatsmänner in Genf nicht den Mut und nicht die Autorität hätten, eine neue konstruktive Politik zu treiben. Die Staatsmänner suchten in Genf die Verantwortung auf die sogenannten unabhängigen Sachverständigen abzuschieben, diese appellierten wiederum an die Wirtschaftssachverständigen und diese hielten sich an die verantwortlichen Finanz- und Wirtschaftsminister, die die Verantwortung wiederum den Außenministern zurückgäben und die Außenminister ihrerseits hätten nichts Besseres zu tun, als die Verantwortung den Ministerpräsidenten zuzuschieben. Da jedoch die Außenminister unmöglich alle im Völkerbund behandelten Einzelfragen übersehen könnten, würden wieder die Sachverständigen zu Hilfe gerufen und so drehe man sich immerzu im Kreise.

Einigung über Zollunionerklärung.

Kein direkter Verzicht.

Zwischen Curtius, François-Poncet und Schober ist eine Einigung über die Erklärungen zustande gekommen, die von deutscher und österreichischer Seite über die Stellungnahme der beiden Regierungen zum Zollunionsplan abgegeben werden. Über das Verfahren im Völkerbundrat zur Behandlung des Zollunionsplanes schweben zurzeit noch die Verhandlungen. Das Schwergewicht der Entscheidung über den Zollunionsplan liegt somit in den Erklärungen, die Curtius und Schober im Europaausschuß abgeben werden.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist in den Erklärungen ein direkter Verzicht nicht ausgesprochen. Sie sollen außerordentlich vorsichtig und vage gehalten sein.

Die Behandlung des Zollunionsplanes im Europaausschuß wird somit vor der amtlichen Bekanntgabe der Entscheidung des Haager Gerichtshofes erfolgen.

Das Zollunionsgutachten.

Der Generalsekretär des Internationalen Haager Gerichtshofes, Hammerskjöld, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß das Gutachten des Gerichtshofes über den Zollunionsplan voraussichtlich am Freitag mit dem Flugzeug nach Genf abgesandt werden werde. Es werde dann am späten Freitag abend in Genf eintreffen und könne in der für Sonnabend vorgesehenen Ratssitzung zur Verhandlung gelangen.

Dietrichs Sparrichtlinien an die Länder

Berlin, 2. September. Die Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Notverordnug des Reichspräsidenten zum Ausgleich der Haushalte der Länder und Gemeinden an die Landesregierungen in einem Rundschreiben versandt hat, enthalten — dem Berliner Börsen-Courier zufolge — neben der Aufhebung von langfristigen Verträgen mit hochbezahlten Angestellten noch eine ganze Reihe von Einzelempfehlungen für Ersparnisse bei Ländern und Gemeinden. Für die Personalersparnisse empfiehlt der Reichsfinanzminister Kürzung der Besoldung, Herabsetzung des Hundertsatzes bei den Pensionen, Wartegeldern und Hinterbliebenenbezügen usw. In erster Linie wird Angleichung an die Reichsbesoldung erstrebt. Die Aenderung kann auch erfolgen durch Verlängerung der Aufrückungsfristen für die Dienstaltersstufen und durch Vermehrung der Dienstaltersstufen. Weiter sehen die Richtlinien vor: Wegfallvermerke bei Beamtenstellen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Herabsetzung oder Streichung von Notstandsbeihilfen, Unterstützungen usw. Ferner schlagen die Richtlinien vor: daß Bauten unterlassen werden, wenn die Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen nicht voll vorhanden sind. Auch hält es der Reichsfinanzminister für angezeigt, die Neubauten von Hotels, Gaststätten, Pensionen, Theatern, Kinos und ähnlichen Dingen mit hohen Verwaltungsgebühren oder sonstigen Lizenzgebühren zu belasten. Für das Unterrichtswesen wird die Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl, die Einengung der Freistellen durch stärkere Begabtenauslese, die Einschränkung der Ausgaben für Stipendien usw. empfohlen. Wegen einer Justizreform will sich der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen. Er rät jetzt schon den Ländern eine Herabsetzung der Notariatsgebühren an. Wegen der Ersparnisse an den Fürsorgelasten verweist der Reichsfinanzminister auf die Richtlinien des Städtetages. Im übrigen empfiehlt er den Ländern und Gemeinden Abschlagszahlungen auf ihre kurzfristigen Kredite. Nur in sehr vorsichtiger Form stellt er eine Umschuldungsaktion in Aussicht. Länder und Gemeinden müßten selbst Schuldentilgungspläne aufstellen, die die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren gewährleisteten. Zur Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge heißt es in dem Rundschreiben zum Schluß: Ich muß schon jetzt darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtslasten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Land als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Etatausgleich Erforderliche getan worden ist.

*

Der Reichsfinanzminister über „Wege aus der deutschen Not".

Berlin, 2. September. In einer Versammlung der Deutschen Staatspartei am Mittwoch sprach Reichsfinanzminister Dietrich über „Wege aus der deutschen Not". Er erklärte u. a., die Londoner Konferenz habe anerkannt, daß die Schwierigkeiten Deutschlands von außen gekommen seien. Man habe jetzt versucht, Deutschland vorübergehend Ruhe zu verschaffen. Aber auch in sechs Monaten werde Deutschland nicht imstande sein, die Milliarden herbeizuschaffen. Der Minister verteidigte leidenschaftlich das Eingreifen der Reichsregierung zugunsten der Danatbank und der Dresdner Bank, von deren Zusammenbruch 2 Millionen Menschen betroffen wären. In Basel sei erklärt worden, die Alliierten könnten von Deutschland nur Zahlungen erwarten, wenn dieses mit Warenausfuhr zahlen könne. Er glaube, daß die Reparationsfrage sich für Deutschland günstig entwickeln werde. Die Deflation, die in der ganzen Welt herrsche, könne nicht so weitergehen. Es sei möglich, den deutschen Zahlungsmittelumlauf zu vergrößern, ohne inflatorisch zu wirken.

Dualismus Reich—Preußen.

Was der Bund zur Erneuerung des Reiches fordert.

Der Bund zur Erneuerung des Reiches e. V. hielt eine Vorstandssitzung ab, in der die aktuellen Fragen der Reichsreform erörtert wurden. In der Sitzung wurde eine Eingabe an den Reichskanzler Dr. Brüning beschlossen, die von dem Vorsitzenden, Graf von Rödern, überreicht wurde. In dieser Eingabe heißt es:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Sie haben vor kurzem ausgesprochen, daß Deutschland heute in erster Linie auf Selbsthilfe und Vertrauen in die eigene Kraft angewiesen sein wird, um aus einem Tiefpunkt seines Lebens zu erneutem Aufstieg zu gelangen. Ein solcher Aufstieg ist nur denkbar in einem Reich, dessen Aufbau die eigenen Kräfte und die seiner Länder und Gemeinden sich nicht in nutzlosen Reibungen verbrauchen läßt, sondern durch

richtige Verteilung der verschiedenen Aufgabenkreise

bewußt dem gemeinsamen Ziele zulenkt. Hauptfehler der heutigen Konstruktion des Reiches sind: das unorganische Nebeneinanderarbeiten zweier nicht mehr wie früher personell verbundener Regierungen in der Reichshauptstadt, die Einrichtung zu vieler reichseigener Behörden ohne Verbindung mit den Verwaltungen der Länder und Provinzen, die Leistungsunfähigkeit kleinster und mancher in allzu viele Gebietsteile zerrissener mittlerer Länder und schließlich die Verwaltung solcher Länder durch parlamentarisch jederzeit abberufbare Ministerien. Hier liegen die Ursachen des unwirtschaftlichen Behördenwirrwarrs, hier die Hauptgründe für das Versagen jedes bisherigen Finanzausgleichs.

In Anknüpfung an den Grundgedanken der Bismarckschen Reichsverfassung hat unser Bund

die Beseitigung des Dualismus Reich—Preußen

durch Vereinigung der beiden Berliner Regierungen und die Schaffung leistungsfähiger Reichsprovinzen in Norddeutschland vorgeschlagen. Unser Vorschlag folgt der geschichtlichen Entwicklung, wie sie in und durch Preußen gegeben ist. Er bedeutet staatsrechtlich die Herstellung oder Wiederherstellung der Realunion zwischen Reich und Preußen und erhält überdies ein engeres Band innerhalb des preußischen Staatsgebietes zum Teil unter Einbeziehung der norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten aufrecht. Dieser Teil unseres Vorschlages findet aber, um der deutschen Geschichte und der natürlichen Reichsgliederung gerecht zu werden, eine Ergänzung darin, daß die anderen deutschen Länder, die nach Bevölkerungszahl, Gebietsgliederung und Behördenaufbau neben dem Willen auch die Voraussetzungen für ein gesundes Eigenleben haben, ihre heutige staatsrechtliche Stellung behalten.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF